

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtauskunft: Radiostation Dresden  
Fernmelde-Sammelnummer: 25241  
Für die Nachdruckrechte: Nr. 20011  
Schriftleitung u. Hauptredaktion: Postamt Dresden - A. 1, Marienstraße 28/29

Besitzgebiß bei Mäßiger Ausstellung monatlich 2,40 RM. (einfach, 90 Pg. für Trägerlohn),  
durch Postkarte 8,40 RM. einfach, 56 Pg. Verkauf ohne Postabfertigungsgebühr bei freier rechtzeitiger  
Rücksendung. Einzelnummer 10 Pg. Preisgrenze: Die Anzeigen werden nach Goldmark  
berechnet; die einzellige 80 mm breite Zelle 25 Pg., für aufwärts 40 Pg. Familienanzeigen  
und Stellungsanzeige ohne Rabatt 10 Pg., außerhalb 20 Pg., die 90 mm breite Reklamezelle 200 Pg.  
außerhalb 200 Pg. Auflerungsgebühr 10 Pg. Auswärtige Aufträge gegen Vorabrechnung

Druck u. Verlag: Riepisch & Reichhardt,  
Dresden, Postleitz.-Nr. 1000 Dresden  
Rathaus mit breit. Quellenanlage  
(Dresden, Nacht.) gelöscht. Unseranzeige  
Schriftliche Werbung nicht aufbewahrt

## General Sehe über seinen Rücktritt Zurückweisung der Gerüchtemacherei

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. Sept. Der demnächst aus dem Heeresdienst austretende Chef der Heeresleitung, General Sehe, wendet sich mit folgenden Erklärungen an die deutsche Öffentlichkeit:

"Um den Gerüchten, die sich um meinen bevorstehenden Rücktritt gebildet haben und die sich allmählich zum Schaden des Reichsheeres auswirken, ein Ende zu machen, lehe ich mich zu folgenden Erklärungen veranlaßt:

Anfang Juni d. J. habe ich aus eigenem Entschluß heraus den Herrn Reichspräsidenten und den Reichswehrminister um die Zustimmung gebeten, nach dem Abschluß der großen Rahmenübung 1930 mein Abschiedsgesuch einreichen zu dürfen. Diese Zustimmung habe ich erhalten. Den Zeitpunkt meines Ausscheidens aus dem Dienst habe ich daranhin den Belangen des Reichsheeres entsprechend, Übergabe der Geschäfte usw., auf den 30. November 1930 festgesetzt. Wer, wie ich, über 42 Jahre der Armee gedient hat, davon 20 Jahre an schweren und verantwortungsvollen Stellen, in Krieg und Frieden, wird meinen Wunsch verstehen, die Führung des Reichsheeres einer jüngeren Kraft zu überlassen.

Mit politischen Fragen hat mein Rücktritt nicht das geringste zu tun.

Ich habe mich über den Rahmen meines Dienstes hinweg nie mit Parteipolitik beschäftigt und beobachtete, dies auch zünftig nicht zu tun. Ich habe stets versucht, lediglich als Soldat, dem das Vaterland weit über allen Parteien steht, meiner Lebendaueraus, dem Heere, zu dienen. Für das, was während meiner Amtszeit als Chef der Heeresleitung von mir unterstellten Offizieren gesagt oder getan wurde, trage

ich allein die Verantwortung. Die Zeitungsangriffe gegen solche Offiziere sind deshalb lächerlich unrichtig und wirken für das Heer schädlich.

Ebenso stehe ich dafür ein, daß die Führung des Reichsheeres nach den Richtlinien des Reichswehrministers als verantwortliches Mitglied der Reichsregierung erfolgt ist.

Von einer Sonderpolitik des Heeres oder einzelner Offiziere zu sprechen, kommt deshalb bewußt oder unbewußt einer Herabsetzung der öffentlichen Meinung gleich.

Ich darf erwarten, daß durch die Erklärung der Zeitungsfamilie gegen das Reichsheer und einzelne Offiziere abgeschlossen ist, zum mindesten sich nur gegen die Person richtet, die die Verantwortung trägt, also gegen mich. Hierzu darf ich noch folgendes allgemeines bemerken: Bei meinem Ausscheiden nehme ich als letzte Überzeugung mit, daß das Reichsheer in allen seinen Gliedern selbstlos und treu seinen Dienst am Land und Volk ausübt. Wenn diese Tatsache mehr als bisher gewürdigt würde, wäre nicht nur der Armee, sondern auch dem Ganzen mehr gedient."

### Offiziersaustausch mit Amerika

Berlin, 1. Sept. Zwei Offiziere der Reichswehr, die Hauptleute v. Schell und v. Massow, die sich auf der Reise nach New York befinden, werden an den amerikanischen Mandativen an der Ostküste teilnehmen und dann für längere Zeit in den Verbund des amerikanischen Heeres abkommandiert werden. Anderseits werden amerikanische Offiziere in der Reichswehr Dienst tun.

## Frankreichs Angst vor der Revision

### Pariser Echo einer Brüning-Rede

Paris, 1. September. In zwei Pariser Blättern befinden sich Versprechungen einer Rede, die Reichskanzler Brüning am Sonntag in Trier hält und in der er Deutschlands Recht auf Revision des Versailler Vertrags kreift.

"Echo de Paris" schreibt u. a., die Rede des Reichskanzlers sei in einem anderen Ton gehalten als die Reden von Treitänus. Dieser habe vor allem innerpolitische Ziele im Auge gehabt und den Vordenkern seiner Landsleute schmeichelhaft wollen. Der Reichskanzler habe sich vor solchen Überreibungen wohl geschützt. Aber

die im Tone gewollte Möhlanne lasse die Beständigkeit des Gedankens um so deutlicher hervortreten. Die Reden von Treitänus leien an die Deutschen, die Rede Brünings an das Ausland gerichtet, aber der gleiche Atem beeindruckt sie beide. Deutschland rüde Schritt für Schritt dem Ziele näher, das es sich gestellt habe und dieses Ziel sei das völkige Revision der Verträge. Um es zu erreichen, bediene sich Deutschland der Politik, zu der Brasilien selbst es aufgefordert habe. Die mahnvolle Rede Brünings dürfe keine Illusionen erwecken.

Der "Figaro" schreibt, Brüning weigere sich, außenpolitische Abenteuer zu riskieren, ebenso wie sich auch Curtius weigert. Aber Brüning stimme mit Treitänus darin überein, daß die deutsche Außenpolitik künftig einen bestimmten Charakter tragen müsse. Der Vertrag Frankreichs auf das Rheinland erlaube ihm das. Das Programm der deutschen Wahlen von 1930 sei die Vorbereitung des Sieges Frankreichs.

### "Einberufungskontrolle" in Italien

Rom, 1. September. Das italienische Kriegsministerium hat eine Verordnung erlassen, derzufolge sich im Laufe des Monats September an noch zu bestimmenden Sonntagen die Jahrgänge der Wehrpflichtigen aller Waffengattungen von 1901 bis 1904 bei den jeweils zuständigen Verwaltungsbüroden zu melden haben. Zumündernden werden Geldstrafen von 100 bis 600 Lire angehängt. Der Erlass des Kriegsministeriums trägt den Namen "Einberufungskontrolle" und kommt in Grunde genommen einer Probe mobilisierung sehr nahe.

### Das 20. Opfer des Wilden Kaisers

Innsbruck, 1. Sept. Im Gebiet des Wilden Kaisers wurden gestern der Münchner Werkmeister Georg Rottner und seine Braut Bertha Brunner tot bzw. schwer verwundet aufgefunden. Die beiden gerieten beim Ausstieg oberhalb der Grotten in einen Steinhang, der durch eine vorangegangene Touristenpartie ausgelöst worden war. Mr. Brunner wurde durch einen Felsblock der rechte Arm abgeschlagen; sie verlor das Gleichgewicht, stürzte ab und blieb mit zerhämmerter Gliedern liegen. Rottner erlitt schwere Verletzungen. Es ist dies der 20. tödlich verlaufene Bergsteigerunfall am Wilden Kaiser in diesem Jahre.

### Fünf Millionen Mark Schaden des Eisenbrandes in Hannover

Hannover, 1. Sept. Der Sachschaden, den das Großfeuer in der Güterabfertigung Hannover-Nord der Reichsbahndirektion am Sonnabend verursachte, wird nach amtlicher Mitteilung auf 4 bis 5 Millionen Reichsmark geschätzt. Weiter wird mitgeteilt, daß weder Personen verletzt noch vermisst werden.

**Verkehrsunfälle in Berlin.** — Zwei Tote, zwölf Verletzte.

Am Vormittag des Sonntags ereignete sich in Berlin eine Reihe schwerer Verkehrsunfälle, bei denen zwei Personen getötet und zwölf schwer verletzt wurden.

### Dr. Goebbels vor Gericht

#### Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. Sept. Der nationalsozialistische Führer Dr. Goebbels hatte sich heute vor dem Schöffengericht Charlottenburg in sechs Strafverfahren wegen öffentlicher Beleidigung und Verleumdung des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß zu verantworten. Nachdem das Gericht beklagt hatte, die Verfahren zu einem Prozeß zu verbinden, bat Dr. Goebbels um eine Verlängerung des Termins. Er sei durch seine Wahlvorbereitungen und Propagandatätigkeit für seine Partei so in Anspruch genommen gewesen, daß er sich weder mit der Anklage noch mit der Materie näher befassen könne, noch die auf der Post für ihn niedergelegten Ladungen abholen könnte. Der Staatsanwalt widersprach diesem Antrag und wies darauf hin, daß die Anklage gegen Goebbels erst jetzt erhoben werden könnte, da er bis zur Auflösung Mitglied des Reichstags war und den Schutz der Immunität genoss. Da in kürzer Zeit ein neuer Reichstag zusammentrat, dem wahrscheinlich Goebbels wieder angehört, würde der Rechtsanspruch des Beklagten durch eine Verlängerung verletzt werden. Darauf bat Goebbels, doch einen Termin in der Zeit zwischen der Wahl und dem Zusammentreffen des neuen Reichstags festzusetzen, da er zu dieser Zeit noch nicht immunität wäre. Das Schöffengericht lehnte aber auch diesen Verlängerungsantrag ab. In der heutigen Verhandlung erklärte nun Dr. Goebbels, daß auch sein Rechtsanwalt von der Polizei, der im Bombenlegerprozeß beschäftigt ist, nicht erscheinen könne, daß er im ganzen Prozeß sich nicht verteidigen und seine Anträge stellen werde. Es wurden dann die Artikel des "Angriff" verlesen, durch die der Polizeivizepräsident Weiß sich beleidigt fühlt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Dr. Goebbels wegen Beleidigung eine Gefängnisstrafe von neun Monaten Gefängnis. Er betonte, daß die systematische Hetze gegen Dr. Weiß nur durch eine Gefängnisstrafe geahndet werden könne, da sich der verantwortliche Schriftsteller des "Angriff", Dr. Goebbels, bisher stets hinter seine Immunität als Reichstagabgeordneter verschetzt habe.

### Politischer Zusammenstoß in Hamburg

Hamburg, 1. Sept. Wie die Polizeibehörde mitteilt, wurden Sonntag abend gegen 9 Uhr Angehörige des Reichsbanners auf Volkstrafwagen beim Passieren der Straße am Lübecker Tor aus den Anlagen heraus von Nationalsozialisten mit Flaschen und Steinen beworfen und auch beschossen. Bei dem sich daraus entwickelnden Zusammenstoß wurden mehrere Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Ein Angehöriger des Reichsbanners erhielt einen Oberarmhundschuß, ein anderer trug erhebliche Kopfverletzungen davon, während zwei Nationalsozialisten durch Wehrstiche verletzt wurden. Die vier Verletzten mußten dem Krankenhaus aufgeführt werden. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her, nahm 25 Verhaftungen vor und beschlagnahmte dabei einen Revolver sowie mehrere Hiebwaffen.

### Politische Bluttat in Bramsche

Bramsche, 1. Sept. In Bramsche kam es gestern im Verlauf einer politischen Auseinandersetzung zwischen mehreren Arbeitern zu einer schweren Bluttat. Ein Arbeiter zog plötzlich einen Messer und stach einen anderen Arbeiter mittig ins Herz. Dann stürzte er sich auf einen zweiten Arbeiter und verletzte diesen schwer. Der Täter ist Vater von zwei Kindern. Der Täter konnte sofort festgenommen werden.

### Die Leiche Andres in sehr schlechtem Zustand

Stockholm, 1. Sept. Der Leiter der Expedition, die die Leiche Andres und seiner Begleiter auf der "Bratvaag" heimwärts führte, der Norweger Dr. Horn, hat Pressevertretern erklärt, daß die Geleute, nach denen die Leichen gut erhalten seien, leider sehr übertrieben sind. Der Kopf Andres ist vom Rumpf völlig getrennt, und von seinen Begleitern sind nur die Teile übrig. André konnte man erst identifizieren, nachdem das Tagebuch in seiner Tasche gefunden worden war. Man nimmt an, daß die Expedition Andres infolge Ermattung untergegangen ist. Unter den gefundenen Gegenständen befindet sich sehr viel Munition, woraus man schließt, daß die Expedition Möglichkeiten zum Verproviantieren gehabt habe, aber wegen der Ermattung diese Möglichkeiten nicht ausnutzen konnte.

Die Instrumentalisten, die Dr. Horn gefunden hat, finden noch nicht aufgetaut und konnten bisher nicht gebissen werden. Das Tagebuch ist ein einziger Eisklumpen, aber Dr. Horn glaubt, daß die meisten Aufzeichnungen entziffert werden können. Ein Berichterstatter meldet, daß das Buch nur eine Fortsetzung war und nur ein paar Seiten umfaßt. Dr. Horn glaubt, daß noch weitere Funde auf der Insel finden gemacht werden können und schlägt eine neue Expedition in kürzester Zeit vor.

### Auch die Gehaltsabkommen im Ruhrgebiet gefündigt

Ehen, 1. Sept. Im Zusammenhang mit der Kündigung der Löhne der Bergarbeiter zum 30. Sept. d. J. hat der Gewerbeverband nunmehr auch die Gehälter der technischen und kaufmännischen Bergbauangestellten zum 30. Sept. d. J. gekündigt. Von dieser Maßnahme werden rund 24 000 Bergbauangestellte betroffen.